
Bekanntmachung der DDR-Regierung zur Wiederherstellung der Ordnung vom 17. Juni 1953

Öffentliche Bekanntmachung der DDR-Regierung vom 17. Juni 1953 über Maßnahmen zur sofortigen Wiederherstellung der Ordnung.

Vom 16. bis 21. Juni 1953 kam es in fast 700 Städten und Gemeinden der DDR zu Demonstrationen und Streiks. Der 17. Juni begann als Arbeiteraufstand, der sich schnell zum Volksaufstand weitete. Er nahm vielerorts revolutionäre Züge an, bevor er mit Hilfe von russischen Panzern unterdrückt wurde. Zunächst begannen die Proteste mit sozialen Forderungen nach Normsenkungen und Lohnerhöhungen. Bald stellten die Demonstranten jedoch im gesamten Land politische Forderungen wie den "Rücktritt der Regierung, Freie Wahlen, Weg mit der SED, Pressefreiheit, Freilassung aller politischen Gefangenen und Wiedervereinigung".

Der Volksaufstand des 17. Juni 1953 traf das MfS genauso unvorbereitet wie die SED-Führung. Das Spitzelnetz der drei Jahre zuvor gegründeten Geheimpolizei war im Juni 1953 noch sehr lückig. So gewann das MfS am 17. Juni nur langsam einen Überblick über die Ereignisse. Eine klare Handlungsstrategie entwickelte das MfS nicht. Stattdessen griff die sowjetische Besatzungsmacht ein und verhängte am 17. und 18. Juni in über 167 der 217 Land- und Stadtkreise den Ausnahmezustand. Die DDR-Regierung veröffentlichte am 17. Juni die vorliegende Bekanntmachung über Maßnahmen zur sofortigen Wiederherstellung der Ordnung.

Signatur: BArch, MfS, OV Wismut, AU, Nr. 83/53, Bl. 53

Metadaten

Datum: 17.6.1953

Bekanntmachung der DDR-Regierung zur Wiederherstellung der Ordnung vom 17. Juni 1953

BStU
000053

Bekanntmachung

Maßnahmen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zur Verbesserung der Lage der Bevölkerung sind von Faschisten und anderen reaktionären Elementen in Westberlin mit Provokationen und schweren Störungen der Ordnung im Demokratischen Sektor von Berlin beantwortet worden. Diese Provokationen sollen die Herstellung der Einheit Deutschlands erschweren.

Der Anlaß für die Arbeitsniederlegung der Bauarbeiter in Berlin ist durch den gestrigen Beschluß in der Normenfrage fortgefallen.

Die Unruhen, zu denen es danach gekommen ist, sind das Werk von Provokateuren und faschistischen Agenten ausländischer Mächte und ihrer Helfershelfer aus deutschen kapitalistischen Monopolen. Diese Kräfte sind mit der demokratischen Macht in der Deutschen Demokratischen Republik, die die Verbesserung der Lage der Bevölkerung organisiert, unzufrieden. Die Regierung fordert die Bevölkerung auf:

1. Die Maßnahmen zur sofortigen Wiederherstellung der Ordnung in der Stadt zu unterstützen und die Bedingungen für eine normale und ruhige Arbeit in den Betrieben zu schaffen.
2. Die Schuldigen an den Unruhen werden zur Verantwortung gezogen und streng bestraft. Die Arbeiter und alle ehrlichen Bürger werden aufgefordert, die Provokateure zu ergreifen und den Staatsorganen zu übergeben.
3. Es ist notwendig, daß die Arbeiter und die technische Intelligenz in Zusammenarbeit mit den Machtorganen selbst die notwendigen Maßnahmen zur Wiederherstellung des normalen Arbeitsablaufes ergreifen.

Die Regierung der
Deutschen Demokratischen Republik
gez. Otto Grotewohl
Ministerpräsident

Berlin, den 17. 6. 1953.

T 04 V/5/1